

Remi Stork:

## **Partizipation – Mode oder Königsweg?**

### **Beitrag zum ISA-Kongress „Riskante Kindheiten – Herausforderungen für die Jugendhilfe“.**

Unter Partizipation muss zunächst die aktive Teilnahme an politischen Beratungen und das Recht zur Teilhabe an Entscheidungen verstanden werden. Beide zusammen sind konstitutive Merkmale demokratischer Gesellschaften, die durch Mitwirkungsrechte in allen gesellschaftlichen Bereichen (Bildungs-, Sozial-, Verwaltungs-, Sozialsystem ...) ergänzt werden.

In der „starken Demokratie“ (Benjamin Barber) legitimiert Partizipation nicht nur die rationale und legitime Herrschaft, sondern besitzt darüber hinaus einen Eigenwert. In der Kommunalpolitik erhofft man sich vom Engagement der BürgerInnen eines Gemeinwesens eine stärkere Identifikation mit dem Stadtteil und die gemeinwohlverträgliche Lösung von Konflikten.<sup>1</sup>

Derzeit spielt die Idee der politischen und gesellschaftlichen Partizipation insbesondere in gesellschaftstheoretischen Diskursen über die Stärkung der „Zivilgesellschaft“ eine aktuelle Rolle. Diese konstituiert sich nämlich gerade im Zusammenspiel von institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Meinungsbildung.

Im Zusammenhang mit Sozialer Arbeit, zumal moderner Jugendhilfe im Besonderen, hat sich in den letzten Jahren ein spezifischer, reichlich verworrener Diskurs zum Thema Partizipation entwickelt. Im folgenden sollen einige zentrale Bereiche dieses Diskurses aufgegriffen und die unterschiedlichen Diskussionsebenen idealtypisch getrennt werden. Anschließend werden einige der wichtigsten Widersprüche des Partizipationsdiskurses aufgezeigt, die nicht zuletzt sicher darin begründet liegen, dass ein ursprünglich auf das gesellschaftlich-politische System zielender Begriff auf das Feld sozialer und pädagogischer Institutionen ja sogar auf das pädagogische Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern generell übertragen wurde. Insofern kann man die Erfolgsgeschichte des Partizipationsbegriffes in Pädagogik und Jugendhilfe als riskantes und zugleich fragwürdiges Spiel betrachten, in dem eine Profession den einheimischen Begriffen und Konzepten eine modern klingende, anspruchsvolle und zugleich wachstweiche „Strukturmaxime“ (8. Jugendbericht) hinzufügt.

### **1. Partizipation als Politik mit Kindern und durch Kinder**

Seit einigen Jahren wird versucht, den Partizipationsbegriff als Leitidee einer neuen Kinderpolitik herauszupolieren. Basierend auf dem gewandelten Bild vom Kind als kompetentem sozialen Akteur und als Träger eigener Rechte, wird versucht, das Kind zugleich als potentiell schon im jüngsten Alter politikfähiges Wesen zu begreifen. Den Hintergrund dieser Diskussionen bilden die Veränderungen im Generationenverhältnis einer zunehmend postfigurativ strukturierten (auf Zukunft ausgerichteten) Gesellschaft, eine sich wandelnde Rechtssituation (insbesondere sind hier die UN-Kinderrechtskonvention und das KJHG zu nennen) sowie psychologische und soziologische Forschungsergebnisse über die Entwicklung von Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen. Exemplarisch sei hier auf das Stichwort des „kompe-

---

<sup>1</sup> Vgl. Stefan Schnurr: Partizipation. In: Hans-Uwe Otto / Hans Thiersch (Hrsg.): Handbuch Sozialarbeit / Sozialpädagogik. Neuwied 2002, S. 1330-1345.

zenten Säuglings“, das der Entwicklungspsychologe Martin Dornes geprägt hat, hingewiesen, aber auch auf soziologische Studien über die lange unterschätzten Möglichkeiten zur Selbstorganisation und Interessenvertretung von Kindern bspw. in Lateinamerika.

In der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren vor allem das Land Schleswig-Holstein, unterstützt durch zahlreiche NGOs als Promoter einer neuen Kinderpolitik aufgetreten. Die dortige Demokratiekampagne wurde durch Änderungen der Gemeindeordnung unterstützt, wonach die „Verantwortung für zukünftige Generationen“ zur zentralen Ausrichtung von Kommunalpolitik werden solle (§1). Weiter wird ausgeführt, dass Kinder und Jugendliche „bei Planungen und Vorhaben, welche (ihre) Interessen (...) berühren, (...) in angemessener Weise zu beteiligen (sind). Hierzu sind geeignete Verfahren zu entwickeln.“ (§ 47) Diese Regelungen werden in aktuellen Fachdiskussionen über Kinderpolitik und Kinderbeteiligung als vorbildlich angesehen.<sup>2</sup> Der 10. Kinder- und Jugendbericht aus dem Jahr 1998 bspw. empfahl ausdrücklich, dass solche Regelungen auch in anderen Bundesländern eingeführt werden sollten. In einer Expertise für eben jenen Jugendbericht der Bundesregierung entwickeln Dieter Tiemann und Waldemar Stange das theoretische Profil einer Alltagsdemokratie für und mit Kindern.<sup>3</sup> Sie gehen davon aus, dass die politische Kultur der Gesellschaft durch dramatische Modernisierungsschübe tiefgreifend gestört sei. Die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger, die insbesondere bei Jugendlichen anzutreffen sei, könne jedoch durch positive Erfahrungen mit politischen Prozessen im kommunalen Raum in politisches Interesse gewandelt werden. Eine Demokratieoffensive müsse mit lebensweltbezogenen Themen und handlungsorientierten Formen gestartet und von sehr früh beginnender politischer Bildung begleitet werden. Neue Beteiligungskonzepte in der Kommunalpolitik sollten von Partizipationsoffensiven in Kindergärten, Schulen und Kinder- und Jugendarbeit begleitet werden. Sie erhoffen sich von der Förderung einer Alltagsdemokratie nicht nur eine Vorbereitung der jungen Menschen auf eine aktive Beteiligung am demokratischen System sondern zugleich eine Revitalisierung des Alltags durch die Erfahrung der Mitgestaltbarkeit der Lebenswelt. Durch Aktivierungsprozesse könnten zudem Selbstwertgefühl und Identifikation mit dem Stadtteil steigen.

Wenn man sich die konkreten Beteiligungsprojekte ansieht, die im Rahmen der Demokratiekampagne Schleswig-Holsteins entstanden sind,<sup>4</sup> so fällt interessanter Weise auf, dass die politische Partizipationskultur von Kindern im Kern durch eine Partizipationspädagogik gewährleistet werden soll. Ursprünglich lediglich als flankierende pädagogische Maßnahmen gedacht, zeigt sich in den Materialien zur Demokratiekampagne,<sup>5</sup> dass die prozessorientierte pädagogische Begleitung politischer und planerischer Vorhaben eine zentrale Rolle spielt, ja vielleicht sogar die entscheidende. Die Aufgaben der Motivierung, Qualifizierung und gruppenpädagogischen Begleitung werden den PädagogInnen insbesondere durch das Erlernen spezifischer Methoden zugetraut. Die pädagogische Gesamtstrategie, die als „Beteiligungsspirale“ bezeichnet wird, besteht aus Sensibilisierungs-, Ideenentwicklungs-, Planungs- und Realisierungsbausteinen. Die Materialien sind größtenteils nicht neu, sondern bewährten Methodenbaukästen, Spielekarteen etc. entnommen. Sie sind aber im Rahmen der Aktivitäten und Publikationen sehr ansprechend zusammengestellt und aufbereitet.

---

<sup>2</sup> So hat bspw. die Jahreskonferenz der Jugendminister der Bundesländer die Stärkung der Kinderpartizipation aktuell zu einem wichtigen Ziel erklärt. Vgl. „Deutsche Jugend, Heft 9 / 2003 S.

<sup>3</sup> Waldemar Stange / Dieter Tiemann: Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune. In: Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht. Band 3, Opladen 1999.

<sup>4</sup> Vgl. ebd.

<sup>5</sup> Vgl. insbesondere den zentralen Band: Deutsches Kinderhilfswerk / Aktion Schleswig-Holstein (Hrsg.): Planen mit Phantasie. Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche. Berlin 1996.

In der Evaluation von ca. 150 vom Jugendministerium geförderten Beteiligungsprojekten, die im Rahmen der Demokratiekampagne durchgeführt wurden, wird von den Projektverantwortlichen, den beteiligten Kindern und den Evaluatoren eine eindeutig positive Bilanz gezogen. Neben den tatsächlichen Planungserfolgen (attraktiveres Wohnumfeld, bedarfsgerechtere Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, belebtere Spielflächen etc.) wird der Lernerfolg bei allen Beteiligten hervorgehoben: „Während die Kinder und Jugendlichen ihr Wissen in vielen Bereichen erweiterten und vor allem lernten, dass Einmischung möglich ist und sie ernst genommen werden, lernten Erwachsene – immer wieder mit Staunen – wie differenziert und ernsthaft junge Menschen sich in diesen Projekten engagieren.“<sup>6</sup>

## 2. Partizipation in der Jugendhilfe

Kam die Idee der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der modernen Jugendhilfe zunächst im Rahmen von Jugendhilfeplanung und bei Verfahrensregelungen (z.B. der Hilfeplanung nach §36 KJHG) auf, so ist sie in den letzten Jahren immer stärker auch in den einzelnen Handlungsfeldern aufgetaucht.

Im Rahmen von Jugendhilfeplanungsprozessen gewannen Beteiligungsprojekte die Sympathie der Professionellen, da immer wieder deutlich wurde, dass junge Menschen zum einen als Lebensweltexperten und zum anderen als NutzerInnen sozialer Dienstleistungen für eine Weiterentwicklung von Infrastrukturen und Angeboten unverzichtbares Wissen mitbringen. Man merkt immer wieder, dass die Beteiligung junger Menschen und ihrer Eltern die Bedarfsgerechtigkeit von Planungsergebnissen erhöht. Kompliziert bleiben jedoch über die Nutzerrolle von Adressaten hinausweisende Ansprüche an Partizipation in der Jugendhilfeplanung, wie insbesondere die Forderung der Öffnung von Entscheidungsprozessen und der Stärkung benachteiligter Gruppen und Individuen. Allzumeist fallen diese Ansprüche im Planungsalltag unter den Tisch, da die Professionellen aufgrund ihrer beruflichen Aufgabenstellung die Adressaten vorrangig als Nutzer von Dienstleistungen und weniger als politische Akteure im Blick haben.<sup>7</sup>

Bei den Verfahrensregelungen fristet das Partizipationsthema hingegen ganz allgemein bis heute das Dasein eines Mauerblümchens. Zwar war der fachlich-kritische Impuls des § 36 KJHG zur sog. „Betroffenenbeteiligung“ unübersehbar und fand rasch seinen Niederschlag in Fachveröffentlichungen<sup>8</sup> und Hilfeplankonzeptionen. Doch bei genauerem Hinsehen ähneln Hilfeplanverfahren trotz der Beteiligungsrhetorik auch gegenwärtig noch viel zu oft Tribunalen, in denen die Adressaten auf der Anklagebank der Jugendbehörden Platz nehmen müssen. Wer sich genauer ansehen möchte, wie schwierig in diesem Bereich eine grundlegende Veränderung der Verfahrenskultur ist, kann dies bspw. in einem Projektbericht des LJA Westfalen-Lippe nachlesen, in dem die Ergebnisse eines Modellprojektes in zwei westfälischen Jugendämtern mit dem Verein „Kinder haben Rechte“ zusammengefasst werden.<sup>9</sup> Es scheint offensichtlich, dass Partizipation im Rahmen von Hilfeplanung, wie vielleicht bei Verfahrensfragen generell, auf tiefliegende bzw. grundsätzliche Probleme stößt, die noch nicht hinreichend verstanden sind. Vielleicht führt der Hinweis von Michael Winkler hier weiter, der ein

---

<sup>6</sup> Raingard Knauer: Mit Kindern und Jugendlichen planen. In: Pro Jugend 4 / 2002; S. 21. Der ausführlichere Evaluationsbericht kann über das Schleswig-Holstein'sche Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie bezogen werden.

<sup>7</sup> Vgl. ausführlicher zu diesem Thema: Erwin Jordan / Remi Stork: Beteiligung in der Jugendhilfeplanung. In: Erwin Jordan / Reinhold Schöne (Hrsg.): Handbuch Jugendhilfeplanung. Münster 1998.

<sup>8</sup> Christian Schrapper (Hrsg.): Hilfeplanung und Betroffenenbeteiligung. ...

<sup>9</sup> LWL-Landesjugendamt (Hrsg.): Beteiligung in der Hilfeplanung. Bericht über ein Modellprojekt des Landesjugendamtes in Kooperation mit dem Verein Kinder haben Rechte e.V. und den Städten Paderborn und Siegen.

grundlegendes Problem darin sieht, dass die Expertenrolle im Rahmen von Hilfeplanverfahren durch Partizipation zwar einerseits aufgewertet aber andererseits zugleich bedroht wird.<sup>10</sup>

Über Planung und Verfahrens- sowie Entscheidungsabläufe hinaus wird jedoch durch den § 8 KJHG die Beteiligung von Mädchen und Jungen entsprechend ihrem Entwicklungsstand zu einem Generalanspruch der Jugendhilfe erklärt. Insofern sind alle Anbieter von Leistungen nach dem KJHG dazu verpflichtet, sich konzeptuell zu dieser Generalvorschrift zu verhalten. Grundlage dieses Anspruches ist sicher zum einen das veränderte Generationenverhältnis in Familien, das immer wieder mit der treffenden Formel vom Befehls- zum Verhandlungshaus halt umschrieben wird. In einer Gesellschaft, in der Selbständigkeit und Ich-Stärke zentrale Erziehungsziele sind, ist eine partnerschaftliche Erziehung unumgänglich. Was nun für Familien als Anspruch gilt, muss für das Aufwachsen in öffentlichen Räumen und Einrichtungen erst recht gelten, zumal Kinder immer mehr Zeit in öffentlicher Erziehung und weniger im Familienzusammenhang verbringen. Der öffentliche Raum jedoch ist im Vergleich zur Familie tendenziell eher durch abstrakte, vom Individuum absehbare Regeln, mithin durch Nichtbeteiligung gekennzeichnet. Insofern ist der Partizipationsanspruch des § 8 nachvollziehbar und allgemein respektiert.

### **3. Partizipation und Dienstleistungshandeln**

In der modernen Dienstleistungsphilosophie der Jugendhilfe kommt dem Begriff der Partizipation ebenfalls eine wichtige Rolle zu. Zum einen soll sie, verstanden als „Nutzerpartizipation“, der Optimierung bei der Abstimmung von Nachfrage und Angebot dienen. Hieraus resultieren bspw. die Einbeziehung der Adressaten in Planung, Qualitätsentwicklung und Evaluation. Darüber hinausgehend jedoch ist der zweite Aspekt von noch zentralerer Bedeutung. Der Kern der Dienstleistungstheorie, das sog. „Uno-actu-Prinzip“ geht davon aus, dass Hilfe überhaupt nur gelingen kann, wenn die Adressaten aktiv mitwirken. Bloße Anwesenheit reicht hierzu nicht aus. Aus diesem Grunde wird ein anderes Verhältnis von Organisation und Adressaten angestrebt. Aus Hilfeempfängern (Objekten) sollen Co-Produzenten bzw. Subjekte werden, deren Autonomie nicht hinderlich ist sondern gestärkt werden soll. Inwiefern das Dienstleistungskonzept in der Praxis umgesetzt werden kann, bleibt noch abzuwarten. Man kann jedoch schon heute wahrnehmen, dass in der Regel ein verkürzter *Kunden*begriff statt des dienstleistungstheoretisch eigentlich zentralen *Bürger*begriffes in die Sprache der Jugendämter aufgenommen wird. Ein Kunde aber wählt lediglich aus (choice), was in der Jugendhilfe gerade in finanziell engen Zeiten immer weniger der Fall ist. Bürgerinnen und Bürger hingegen haben eine eigene Stimme (voice); sie nehmen als aktive Subjekte Einfluss und begreifen sich als Auftraggeber und Partner nicht aber einseitig als Empfänger von Leistungen der Sozialbürokratie. Es steht zu befürchten, dass mit der einseitigen Rhetorik zugleich eine Verkürzung des Anspruches moderner Jugendhilfe einhergeht; d.h. die Adressaten tatsächlich nur (sehr bedingt) auswählen aber nicht auf Programm und Versorgungsstruktur aktiv Einfluss nehmen sollen.

### **4. Allgemeine Probleme und Widersprüche Partizipationspraxis**

#### **Das Expertendilemma**

Der Partizipationsanspruch in Kommunalpolitik, Planung und Pädagogik, in Institutionen und Familien, schafft neue Experten. Entwicklungspsychologen sagen uns, wer wann (in welchem

---

<sup>10</sup> Michael Winkler: Kinder im Heim. In: Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.): Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht. Band 5, S. 53-170, Opladen 1999.

Alter), was und wie mitbestimmen darf. Sie wollen Kinder vor Überforderung und Pädagogen wie Planer vor Verbitterung aufgrund scheiternder Teilizipationsprojekte schützen. Demokratietheoretiker entwickeln Stufenmodelle der Partizipation und teilen die Praxis in Manipulation, Pseudoteilizipation und (relativ selten) wirkliche Partizipation ein.<sup>11</sup> Pädagogen entwickeln eine Partizipationspädagogik und wollen alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen.<sup>12</sup> Methodenexperten kreieren Nadelmethoden, Teilizipationsspiralen und Empowermentstrategien, die zwar hilfreich sein können aber neues Expertenwissen schaffen. Diesen neuen Experten stehen andere gegenüber, die Teilizipation mehr als unfertige, von Vertrauen und Mut geprägte Versuche ansehen. Sie weisen mit Klassikern wie Janusz Korczak darauf hin, dass der Mensch immer schon ein Mensch ist und nicht erst zu einem wird. Demzufolge ist von Teilizipationsprozessen niemand je auszuschließen. Die moderne Entwicklungspsychologie muss dem übrigens zunehmend recht geben; sie selbst sieht inzwischen ein, dass sie Kindern in der Vergangenheit immer viel zu wenig zugehört hat.

### **Politik und Recht versus Pädagogik**

Es ist problematisch, dass der Partizipationsbegriff aus dem politischen Bereich in Planungs-, Bildungs- und Erziehungszusammenhänge transferiert wird. Als politisches Grundrecht sichert Partizipation Teilnahme und Teilhabe in der Bürgergesellschaft. Sie dient in der Kommunalpolitik insbesondere der Öffnung von Entscheidungsprozessen und der Übernahme von Verantwortung für Sozialräume und Lebenswelten sowie dem Abbau von Machtasymmetrien. Partizipation ist in diesem Sinne kein pädagogisches Konzept; Erfolg oder Misserfolg richten sich nach politischen und nicht nach pädagogischen Kriterien. Insofern hätten wir vorrangig nicht danach zu fragen, ob BürgerInnen bei Planungsprozessen etwas gelernt haben. Der Partizipationsbegriff ist im Unterschied zu pädagogischen Begriffen nicht prozess- sondern ergebnisbezogen. Zugleich aber weisen alle einschlägigen Praktiker (Schröder, Stange/Tiemann etc.) immer wieder auf ihre Erfahrungen hin, dass pädagogische Faktoren (Prozess und Methodenorientierung, Motivation und Begleitung durch pädagogische Experten) den entscheidenden Ausschlag für das Gelingen von Teilizipationsprojekten gäben. Dies gilt für kommunalpolitische - und Planungsprojekte ebenso wie für Teilizipationsvorhaben in pädagogischen Institutionen. Es gilt anscheinend in pädagogischen wie auch in politischen Bereichen auch hier der alte Satz von Siegfried Bernfeld, den er in Bezug auf die anspruchsvollen Selbstverwaltungsgremien in seinem Kinderheim Baumgarten gesprochen hat: „Alles Gefäße, die Gift oder Heiltrunk enthalten können.“<sup>13</sup> Demokratische Partizipationsmöglichkeiten können demnach nicht allein nach ihrer Stellung in Verfassungen oder Institutionen beurteilt werden. Selbst die Frage nach der Macht, die junge Menschen in Teilizipationsgremien entfalten können, hängt auch und zwar zentral von pädagogischen Aspekten ab.

### **Das Methodendilemma**

Hieraus ergibt sich direkt das nächste Dilemma: welche Methoden sind geeignet, um Partizipation erfolgreich zu ermöglichen. Einerseits wird immer wieder betont, dass die direkte Teilizipation von jungen Menschen vorzuziehen sei, da sie unverfälscht die Originaltöne der Mädchen und Jungen wiedergeben könnten. Zugleich würde nur die direkte Teilizipation die Adressaten nachhaltig stärken. Andererseits wissen wir aus der Debatte um Bedarfe und Be-

---

<sup>11</sup> Vgl. bspw. das immer wieder zitierte Stufenmodell von Sherry Arnstein, das von Hart, Gernert, Schröder u.a. immer wieder in leicht veränderter Form übernommen wird. Vgl. insbesondere Richard Schröder: Kinder reden mit! Teilizipation an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim, Basel 1995.

<sup>12</sup> Dies wird bspw. in den banalen Elementen deiner Partizipationspädagogik von Stange und Tiemann deutlich. Vgl. ebd.

<sup>13</sup> Siegfried Bernfeld: Kinderheim Baumgarten. Bericht über einen ernsthaften Versuch mit neuer Erziehung. Berlin 1921.

dürfnisse, dass viele Bedürfnisse jungen Menschen nicht ohne weiteres zugänglich, mithin diese nicht einfach abfragbar sind. Häufig braucht es Verstehens- und Übersetzungshilfen durch pädagogische Fachkräfte ebenso, wie es häufig anwaltliche Erwachsene braucht, um die Kinderanliegen auch machtvoll vertreten zu können. Insofern ist indirekte Beteiligung oft effektiver als direkte.

Ähnlich kompliziert sieht es mit dem Gegensatz von verfassten, rechtlich abgesicherten und nicht-verfassten Beteiligungsmethoden aus. Aus demokratietheoretischer Perspektive wären den verfassten Methoden, wie bspw. im schulischen Zusammenhang der Schülermitverwaltung der Vorzug zu geben, da hinter deren Rechte niemand zurück kann. Andererseits wissen wir, dass spontane Beteiligung häufig viel mehr Kräfte und Phantasien wecken kann, da sie punktgenau das passende Beteiligungsmodell je nach Anlass und Situation auswählt. Hier kommt wieder die Notwendigkeit von Experten zum Vorschein, die dann die geeigneten Formen auswählen dürfen.

Insgesamt scheint auch hier nur das offene Benennen und Balancieren der Widersprüche weiterzuhelfen. Eine Stufenleiter der Partizipation, die einzelne Methoden und Verfahren heiligt und andere unisono verwirft, scheint hierfür als Hilfsmittel eher ungeeignet.

### **Individuum oder Gemeinschaft?**

In der Regel wird bei Partizipationsfragen ein Generationenkonflikt unterstellt. „Die“ Kinder auf der einen Seite stehen „den“ Erwachsenen auf der anderen Seite gegenüber. Zumeist führt das dazu, dass auf der Kinderseite Gruppen gebildet oder Vertreter gewählt werden, wenn die Gruppen ansonsten zu groß würden. Der unterstellte Hauptwiderspruch zwischen Erwachsenen- und Kinderbedürfnissen wird zumeist nicht näher untersucht. Dabei ist es eigentlich logisch ebenso möglich, dass sich die wichtigsten Widersprüche innerhalb der Kindergeneration selbst verbergen und auch dort Fragen um Definitionsmacht gestellt werden müssten: Brauchen wir eher eine Skateranlage oder ruhige Rückzugsmöglichkeiten? Erlebnis- oder Sicherheitsräume? Mehr Freiheiten oder mehr Schutz? Wenn man sich Berichte über Beteiligungsprojekte anschaut, sind die Ergebnisse meist eindeutiger, als man sich träumen mag. Es überrascht aber doch, dass in den letzten Jahren aufgrund von Partizipationsprojekten in aller Regel Skateranlagen, Erlebnis- und Freiheitsräume gebaut wurden und man sich als unvoreingenommener Leser manchmal fragt, ob denn die Bedürfnisse heutiger Kinder so uniform sein können. Könnte es nicht sein, dass das einzelne Kind, der einzelne Jugendliche in Partizipationsprojekten mit seiner Individualität in der Regel auch wieder untergeht? Dass also hier eine scheinbare Bedürfnisidentität neu produziert wird? Wie auch immer, der Widerspruch zwischen Gruppen- und Individualanliegen lässt sich durch Partizipation nicht aufheben; bestenfalls herausarbeiten. Dass dabei nicht nur auf die Veröffentlichung von Konflikten zwischen den Generationen sondern auch innerhalb der jungen Generation abgezielt wird, ist für die pädagogischen Professionellen sicherlich ein noch zu stärkender Aspekt.

## **5. Ausblick**

Ich bin mir nicht sicher, ob Partizipation eher eine sozialpädagogische Modeerscheinung oder doch ein Königsweg sein wird. Die begrifflichen und die damit verbundenen konzeptionellen Unklarheiten werden in den nächsten Jahren sicherlich noch wesentlich stärker herausgearbeitet werden, als dies hier gelingen konnte. Der Spagat zwischen Pädagogik und Politik, zwischen Erziehung und Bildung auf der einen Seite und institutioneller und kommunalpolitischer Macht auf der anderen wird sicher weiterhin reizvoll aber auch kraftraubend sein. Si-

cher ist, dass Partizipation eine riskante Herausforderung darstellt. Sie wirft neben pädagogischen Herausforderungen zugleich die Machtfragen in Politik, Planung und pädagogischen Organisationen auf. Verantwortliche und professionelle PlanerInnen und PädagogInnen reflektieren auf den unterschiedlichen Ebenen von Pädagogik und Politik ihr Vorgehen und scheuen sich vor einfachen und allgemeinen Antworten. Sie lernen die Widersprüche zu balancieren und tendieren eher zu konkreten, denn zu allgemeinen Aussagen über gute und richtige Beteiligungspraxen. Und schließlich bleiben sie bei aller methodischen Weiterentwicklung dafür offen, von Laien und Kindern ohne Gesichtsverlust lernen zu können. Dies scheint schwierig genug; ob darüber hinaus noch Organisationen und Gemeinwesen zur generationenübergreifenden Demokratisierung im Stande sind, lässt sich zwar hoffen, in Zeiten eines rauher werdenden Verteilungskampfes um Geld, Sinn und Macht aber sicher nicht erwarten.

Remi Stork, Diplom-Pädagoge, Fachberater für Jugendarbeit im Landesjugendamt Westfalen-Lippe.